



## Tagtäglich 400-500 Polizeivollzugsbeamte gebunden – Situation im Objektschutz nicht tragbar

GdP erwartet Lösungen von Berlins Politik und bringt externe Firmen ins Gespräch

GdP-Info  
25-2026

**Berlin. Die Objektschutz-Belastungen für die Hauptstadtpolizei bleiben trotz halbwegs ruhigerer Lage in Nahost weiterhin hoch. Auch, weil durch die gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Schusswaffen tagtäglich neue Personen und Gebäude, geschützt werden müssen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert jetzt konsequente Maßnahmen und ein Umdenken in Berlins Politik.**

„Das geht so nicht weiter. Wir versenken jeden Tag 400-500 Polizeivollzugsbeamte, die auf ihren Stammdienststellen unglaubliche Lücken reißen, manchmal auch sehr kurzfristig, weil sich Schutzaufträge täglich oder sogar stündlich verändern und die Zahlen angepasst werden müssen. Das sind mal eben zweieinhalb Polizeiabschnitte oder beim Blick auf die aktuellen Ist-Stärken in unserer Bereitschaftspolizei fünf bis sechs Einsatzhundertschaften. Seit Jahren schützen private Sicherheitsdienste unsere Polizeiliegenschaften und sogar die Liegenschaften der Bundeswehr, welche grundsätzlich zur kritischen Infrastruktur unseres Landes gehören. Gleichzeitig schützen meine Kolleginnen und Kollegen Wohnhäuser und Betriebe von ‚Geschäftsleuten‘, die teilweise mehrfach polizeibekannt sind und jetzt eventuell ins Visier von Erpressern geraten. Wir brauchen hier einen Stufenplan, bei dem die Betroffenen sich erst einmal selbst um Sicherheitsdienste bemühen, ehe der Staat schützt“, sagt GdP-Landeschef Stephan Weh. In der Tat könne die Zahl der notwendigen Kollegen im Kontext der Maßnahmen der BAO Ferrum an einem Tag bei 50, am nächsten schon mal bei 150 liegen. Ausdrücklich betonte der Gewerkschafter, dass es bei vorliegenden Erkenntnissen von konkreten Gefahren für Personen natürlich um hoheitliche Aufgaben geht, welche die Polizei wahrnehmen müsse. Die Notwendigkeit, entsprechende zum Teil leerstehende Gebäude zu bewachen, zweifelt er an.

Schon seit längerem plädiert die GdP für nachhaltige Lösungen in Sachen Objektschutz und erneuerte die Forderung nach einer signifikanten Nutzung von KI-unterstütztem Videoschutz, der sich nicht nur auf einzelne Pilotprojekte beschränken darf. Zudem müsse der Druck auf den Bund weiter erhöht werden, damit dieser seiner Verantwortung in der Hauptstadt mehr gerecht werde. Weh: „Das ist kein angenehmes politisches Thema, aber dieses einfache Hinnehmen der Situation und So-laufen-lassen macht uns in den örtlichen Direktionen und bei der Dir E/V langsam aber sicher handlungsunfähig. Politik muss endlich eine Debatte über Kernaufgaben führen, erkennen und klarmachen, dass der Staat und hier ganz speziell die Polizei, nicht für alles herhalten kann.“

Eigendruck im Selbstverlag / Impressum  
(verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes – v.i.S.d.P.):  
**Gewerkschaft der Polizei LB Berlin**  
Landesvorsitzender Stephan Weh  
Kurfürstenstraße 112 / 10787 Berlin  
mail: [gdp-berlin@gdp-berlin.de](mailto:gdp-berlin@gdp-berlin.de), web: [www.gdp-berlin.de](http://www.gdp-berlin.de)



**Gewerkschaft  
der Polizei**

Berlin